

AUSSPRACHE

China ist noch viel gefährlicher

Daß das Problem China nun auch in den Gewerkschaftlichen Monatsheften eine sachliche Würdigung erfährt, kann nur auf das lebhafteste begrüßt werden. Was dort vor sich geht, ist nicht nur so gefährlich, wie es *Helmut Bauer* in seinem Diskussionsbeitrag (Nr. 4 1960, S. 251) unter dem Eindruck der Aufsätze im Märzheft gekennzeichnet hat, es ist noch sehr viel gefährlicher. Die gesellschaftliche Umbildung, die sich in China vollzieht, hat ja mit den übrigen kommunistischen Experimenten vieles in den Methoden, noch mehr mit den Schlagworten, aber wenig mit den Vorbedingungen gemein, auf denen die bolschewistische Doktrin in Rußland oder in seinen Vasallenstaaten aufbaute. Ein ganz entscheidender Teil der Kritik am russischen Experiment stützt sich auf die Tatsache, daß dort — und noch mehr in den sog. Satellitenstaaten — der Weg der kapitalistischen Entwicklung bereits beschritten war, und das recht weitgehend. Hier mußte der Versuch einer zentral geleiteten Wirtschaftschktatur unweigerlich zur Zerstörung von Kapital und Organisationskräften führen, die ungeheuerlich erschien und — wie sich aus der kräftigen Fortentwicklung der kapitalistischen Wirtschaft im Westen ergab — völlig unnötig waren, sollte das Hauptziel eine Steigerung des Wohlstands für die gegenwärtige Generation sein. Die jetzigen Bauernverfolgungen in den einstigen Korn-, Fleisch- und Zuckerkammern Deutschlands sind nur ein Ausschnitt aus der großen Tragödie einer Selbstzerstörung um einer politischen Doktrin willen. China konnte diese Art der Selbstzerstörung nicht treffen, weil seine innere Auszehrung durch ein feudal-patriarchalisches System derart fortgeschritten war, daß das Riesenreich auseinanderfiel, dann aber noch durch einen fast vier Jahrzehnte langen Bürgerkrieg seine letzte Kraft aufgezehrt sah. Wenn man heute liest, wie sich das Volk, oft mit primitivsten Mitteln, aber in wohlorganisiertem Masseneinsatz an die Überwindung dieser Zerstörungen, Schäden und jahrtausendealter Versäumnisse macht, so erinnert das an den spontanen Einsatz jener Männer und Frauen, die

bei uns nach den Kriegszerstörungen die Trümmer beseitigten, Notunterkünfte bauten, Verkehrswege und Fabriken wieder herrichteten und so erst einmal die Grundlagen für ein Leben in Arbeit und Freiheit schufen. Die Auflehnung des Lebensinstinkts gegen Tod und Vernichtung hat etwas Imponierendes, ob sie — wie bei uns — ohne eigentliche politische Zielsetzung erfolgte oder ob sie von Sachwaltern einer uns fremden Ideologie für deren besondere Zwecke ausgenützt wird. Es ist sehr wohl denkbar, daß das in jahrhundertelanger Knechtschaft ebenso abgehärtete wie disziplinierte Volk Chinas in seiner Masse von den kommunistischen Ideen ziemlich unberührt bleibt, aber aus dem Bewußtsein heraus mittut, daß die Freiheit *von* etwas — eben von den überkommenen Fesseln — nicht genügt, um einer rasch wachsenden Bevölkerung eine Lebensmöglichkeit zu sichern, sondern daß man nach dem *Wofür* der Freiheit fragt und die neue Knechtschaft weniger als solche empfindet denn als Mittel zur Steigerung des Lebensstandards.

Ist dem aber so, dann haben wir im Westen allen Grund, das chinesische Experimente ganz anders anzusehen als das sowjetische. Hat es Erfolg, dann ist es viel gefährlicher als alle bisherigen kommunistischen Versuche, obschon auch diese die recht unbequeme Frage aufwerfen, wie auf dem Boden politischer Sklaverei technische und organisatorische Gipfelleistungen nach Art der Erdsatelliten zustande kommen konnten. Behält *Mao Tse-tung* in der einen oder anderen Weise für sein Land recht, sollte sich ein Viertel der Menschheit innerhalb einer diktatorisch gelenkten Wirtschaft auch nur annähernd zur gleichen Sozialleistung wie die kapitalistischen Systeme aufschwingen, dann gibt es für andere unterentwickelte Länder kein Halten mehr. Doch auch in den kapitalistischen Ländern wird mancher irre werden, der nicht gerade vom Brote der Manager zehrt.

Unsere Beziehungen zu China sind völlig andere als zu den sowjetischen Kolonialstaaten in Europa. Die letzteren sind geistig und gesellschaftlich uns verbunden, sie haben die kapitalistische Wirtschaftsrevolution mitgemacht wie wir. So entstand die unleugbare gemeinsame Verpflichtung des Westens gegenüber dem europäischen Osten und Südosten.

In ihrem ideologischen Kampf für die Freiheit haben sie — bestimmt noch viel mehr als asiatische und afrikanische Völker — ein Recht auf unsere Hilfe und Solidarität, auch wenn wir uns aller Kreuzzugsideen oder Einmischungen in innere Verhältnisse enthalten wollen. Die gleiche Vorstellung wäre auf China angewandt eine politische Schaumschlägerei: von sprachlichen Schwierigkeiten ganz abgesehen, fehlt das Band einer gemeinsamen historischen und kulturellen Entwicklung, eben weil in China die Phase des Früh- und Hochkapitalismus für die überwältigende Masse gar keine Rolle gespielt hat. Eine Art Kreuzzug aber — wie seinerzeit der berühmte Marsch nach Peking zur Abwehr des Boxeraufstands — gehört heute in den Bereich politischer Narretei. Kein Zweifel, daß in China das ganze System — nach der rasch überwundenen Episode der „hundert Blumen“, die blühen sollen — für uns nicht weniger barbarisch ist als das sowjetische von Moskau. Aber wir können dagegen nichts tun, weil man weder unsere Sprache noch unsere Geisteshaltung dort versteht, wäre selbst das gesamte Radiowellennetz in unserer Hand.

Sind wir so — ob es uns nun gefällt oder nicht — gegenüber China in die Rolle des unbeteiligten Beobachters verwiesen, dann dürfen wir uns auch nicht diejenigen Vorteile verhehlen, die — außer dem erwähnten Anfang vom Nullpunkt aus — dem chinesischen Wirtschaftsexperiment von vornherein günstig sind. Was quälen wir uns doch in Europa herum, um nur den gemeinsamen Markt für 165 Mill. Europäer zu schaffen! Wie besorgt sind wir um den Anschluß weiterer 150 Mill. Menschen an diesen Markt! Nun, Chinas Bevölkerung umfaßt einen Markt, der — an der Bevölkerung gemessen — ziemlich genauso groß ist wie ganz Europa, die USA und Sowjetrußland zusammen! Eine zentrale Planung für China kann also die Menge unproduktiver Verschwendung von vornherein vermeiden, die wir uns im Westen noch heute leisten — abgesehen von anderen Fehlleistungen an Kapital und Arbeitskräften, die auch sonst mit dem kapitalistischen System zwangsläufig verbunden sind und die sich heute in so drastischer Weise jedem unbefangenen Beobachter präsentieren. Schon heute beliefert China unterentwickelte Länder zu Schleuderpreisen mit Industriewaren, die in Peking nicht erhältlich sind. Unsere Kartelliktatoren aber wiegen sich noch immer in der Hoffnung, mit Routinemätzchen dem Zwang zu einem Preisabbau zu entgehen, der ihnen sehr bald aufgezwungen werden wird — wir wagen nicht daran zu denken, um welchen Preis!

So fordern die Vorgänge in China eine unbefangene und sorgsame Aufmerksamkeit — auch für uns. Hat doch gerade Deutschland seine Freiheit schon einmal dadurch verspielt, daß sich ein großer Teil unserer Wirtschaftsführer in der Flucht vor eigener Unfähigkeit

einem Diktator an den Hals warf und dabei einen großen Teil des Volkes und seines Gebietes den Kriegsgegnern preisgab, um jetzt, im Glanze des Wirtschaftswunders, so zu tun, als ob das alles gar nicht so schlimm gewesen wäre.

Artur Saturnus, Freiburg

„Maßhalten in der Konjunktur — aber wo?“

Mit diesem Thema befaßt sich *Ehrenberg* im April-Heft. Er bestreitet dabei nicht, daß die Mahnung an sich berechtigt ist, verwahrt sich aber energisch dagegen, für die einer Konjunktur immanenten Gefahren einseitig die Lohnpolitik der Gewerkschaften verantwortlich machen zu wollen. Darin ist Ehrenberg vorbehaltlos zuzustimmen. Es kann aber nicht befriedigen, zur Frage „aber wo?“ das Augenmerk nun gleichfalls einseitig auf den Faktor *Außenhandel* zu richten. Ferner setzt Ehrenberg den Außenhandelsüberschuß dem Zahlungsbilanzsaldo gleich, wobei zwangsläufig unberücksichtigt bleibt, daß die absolut negative Bilanz unserer Dienstleistungen nur durch die Einnahmen von den Stationierungsstreitkräften in erträglichen Grenzen (1959: — 460 Mill.) gehalten wird. Der Überschuß (Zahlungsbilanzsaldo) betrug 1959 rd. 6 Md. DM. Davon wurde etwa ein Drittel zur vorzeitigen Schuldentilgung aus der Auslandshilfe Amerikas, Englands und Frankreichs, sowie für Zahlungen anlässlich der Saarrückgliederung und Anteile am Internationalen Währungsfonds und an der Weltbank verwendet. Der verbleibende Überschuß beträgt danach 1959 rd. 4 Md. DM. In dieser Höhe entspricht er aber nicht den Ehrenbergschen Vorstellungen, bei deren Verwirklichung selbst eine generelle 10%ige Lohnerhöhung preisneutral bleiben würde.

Grundsätzlich ergibt sich daraus, daß nur marktkonformes Zusammenspiel aller wichtigen Faktoren die Konjunktur gesund erhalten kann. Wie *Blessing* es kürzlich negativ ausdrückte: Man kann nicht gleichzeitig Gehälter und Löhne erhöhen, einen sich stets vergrößernden Außenhandelserfolg erzielen, die öffentlichen Ausgaben vermehren und die Investitionen ausweiten wollen, ohne das volkswirtschaftliche Gleichgewicht zu gefährden. Welches also ist das Instrumentarium, das etwas wirksamer als es eine psychologische Kampagne jemals könnte, die Konjunktur zu zügeln vermag? Diese Frage müßte zuerst beantwortet werden, bevor das „aber wo?“ aufgeworfen werden kann. In diesem Zusammenhang verdient das Memorandum Blessings etwas mehr Beachtung, als ihm Ehrenberg widmet. Es kann dahingestellt bleiben, ob *Adenauer* die Bundesbank zum Schiedsrichter zwischen den Sozialpartnern machen wollte. War das seine Absicht, so ist sie gründlich mißlungen. Denn das Gutachten ist in

der Tat nichts weniger als ein Plädoyer für die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung. Mit Recht haben die Gewerkschaften das Gutachten als brauchbare Diskussionsgrundlage akzeptiert. Es ist nicht die Schuld Blessings, wenn bestimmte Interessentengruppen das Gutachten in ihrem Sinne zu interpretieren suchen. Sie übersehen dabei geflissentlich, daß Blessing den Spiegel *allen* Beteiligten vorhält, wobei die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften zweifelsohne am besten wegkommen. Im Memorandum kommt deutlich zum Ausdruck, daß die Unternehmer bei ihrer Preisgestaltung die Marktlage ausgenutzt haben, ohne längerfristige volkswirtschaftliche Überlegungen anzustellen. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es so weitergehen, solange eine Übernachfrage verhindert, daß die Unternehmer gezwungen werden, Produktivitätsgewinne zu Preissenkungen zu verwenden. Jegliche Lohnkostenerhöhung, die primär stets eine Folge der egoistischen Preispolitik der Unternehmer ist, wird bei gleichbleibender Konjunkturlage auf die Preise abgewälzt werden. Das muß befürchtet werden, auch wenn die Lohnerhöhungen den Produktivitätszuwachs nicht übersteigen.

Nun bedeutet die Prognose Blessings von einem 4—5%igen Produktivitätszuwachs im Jahre 1960 keineswegs, daß Lohnerhöhungen absolut nur 4—5 vH betragen dürfen, wie gern seitens der Bundesregierung und der Arbeitgeberverbände argumentiert wird. Das würde in etwa zutreffen, wenn der Lohn aller selbstständig Beschäftigten im Jahre 1960 erhöht würde. Damit ist jedoch nicht zu rechnen. Sämtliche Arbeitszeitverkürzungen eingerechnet erfaßten die Tariflohnerhöhungen

1957 von 18 944 700 Arbeitnehm, nur 12 030 000
1958 von 19 175 300 Arbeitnehm, nur 14 920 000
1959 von 20 135 000 Arbeitnehm, nur 11 380 000
(bis 30. 9.).

Ein ähnliches, wenn nicht sogar darunterliegendes Ergebnis ist für 1960 zu erwarten, da in diesem Jahr Arbeitszeitverkürzungen nicht so im Vordergrund stehen werden, wie in den vergangenen Jahren. Wenn man also einen Produktivitätszuwachs von rd. 5 vH erwarten darf, würden Tariflohnerhöhungen für rd. 15 000 000 Arbeitnehmer in Höhe von durchschnittlich 7,5 vH noch preisneutral sein. Etwa in dieser Höhe bewegen sich die bisherigen Tarifänderungen aber nur. Hinzu kommt, daß eine riesige Reserve für eine preisneutrale Lohnpolitik in einer modernen Erkenntnis entsprechenden, an Stelle der bisherigen starren, im wesentlichen nach den steuerlichen Abschreibungen orientierten Kostenkalkulation steckt, von einem gerechteren Anteil der Arbeitnehmer am Produktionsergebnis ganz abgesehen.

Ehrenberg hat deutlich aufgezeigt, daß und wie die Übernachfrage beendet und einer

normalen Situation Platz geschaffen werden kann. Das ist ein Weg. Er wird aber nur gangbar sein, wenn die Bundesbank als Hüter der Währung nicht allein gelassen, sondern die gesamte Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik nach einheitlichen volkswirtschaftlichen Grundsätzen betrieben wird. Das wiederum setzt die *Aufstellung eines Nationalbudgets* zwingend voraus. An der notwendigen Erkenntnis, wo ggf. in der Konjunktur maßzuhalten sei, wird es sodann nicht fehlen.

Kurt Offers, Düsseldorf

Es berührt wohlthuend, in dem allgemeinen Chor der „Konjunkturdämpfungsrufer“ endlich eine Stimme zu entdecken (G. M. 4/1960, S. 218 ff.), die die Dinge in das richtige Maß rückt und anhand konkreter statistischer Daten die wahren Größenordnungen aufzeigt. (Wobei es freilich sehr viel besser gewesen wäre, an Stelle der angenommenen Lohnerhöhung von 10 vH, die es nach des Autors eigenen Worten nie gegeben hat, die tatsächlichen Lohnsteigerungen der letzten Jahre in absoluten und relativen Zahlen dem Saldo der Außenhandelsbilanz gegenüberzustellen. Der optische Effekt wäre sehr viel eindrucksvoller gewesen.) Es ist in der Bundesrepublik immer noch weithin unbekannt, in welcher wahrhaft globaler Art unsere chronisch aktive Handelsbilanz auf das Preisgefüge einwirkt, und zwar seit 1952 in sich ständig vermehrender Weise preistreibend wirkt. Hier gebührt Herrn Dr. Ehrenberg Dank für die drastische Darstellung dieses Tatbestandes.

Sehr viel weniger kann ich dem Autor dagegen bei seinen sonstigen Schlußfolgerungen beipflichten. Wenn er mit einem resignierenden Hinweis auf die gegenwärtig „gegebenen Voraussetzungen“ die wünschenswerte Importausweitung für politisch nicht durchführbar hält und darum für einen Exportabbau plädiert, kann ich ihm nicht mehr folgen. Der Aufschwung an den Exportmärkten hat zu einem wesentlichen Teil zu der heute günstigen Beschäftigungslage beitragen, und ein Verzicht auf gerade gewonnene Exportmärkte ist doch kaum einem Unternehmer zuzumuten, zumal die Anknüpfung wirklich ertragreicher Außenhandelsbeziehungen ja nicht in einigen Monaten vor sich geht. Am Weltmarkt einmal aufgegebene Positionen sind im Bedarfsfalle, d. h. bei einer Konjunktursituation mit anderer Tendenz als der gegenwärtigen, nicht auf Anhieb zu gewinnen, was die These des Exportabbaus recht fragwürdig macht. Hier sollte eine zielbewußte Wirtschaftspolitik allen innenpolitischen Widerständen zum Trotz stets den Weg der Importausweitung beschreiten.

Vermißt habe ich weiterhin in dem Artikel den zweiten neuralgischen Punkt des „Maßhaltens“: die Ausgabengestaltung der öffentlichen Hand. Von unserem ständig steigenden Budget gehen mindestens gleich starke Preis- und Lohnauftriebenden aus wie von dem aktiven Saldo der Handelsbilanz. Hier kann einzig und allein das Parlament Wandel schaffen, und es gilt, unsere Volksvertreter daran zu erinnern, daß sie auch bei der Handelsdebatte den Willen des Volkes vertreten sollen, statt Wahlarithmetik zu treiben. Eine Kür-

zung der Staatsausgaben verbunden mit „wohltemperierter“ Importausweitung würde den Preisen und der Konjunktur so zahlreiche Auftriebenden nehmen, daß dann Lohn- und Preis-erhöhungen für die Gesamtwirtschaft sogar notwendig wären, um nicht der heutigen Entwicklung eine entgegengesetzte folgen zu lassen. Und beide Maßnahmen liegen bei derselben Instanz: dem Parlament, das sich freimachen müßte von jeder kurzfristigen Interessen- und Wahlpolitik.

Charlotte Holt, Hamburg